

WORKING PAPER

**COVID-19:
DIE KRISE GEHT IN
DIE ZWEITE RUNDE**

Juli 2020

COVID-19: DIE KRISE GEHT IN DIE ZWEITE RUNDE

Beat Ringger

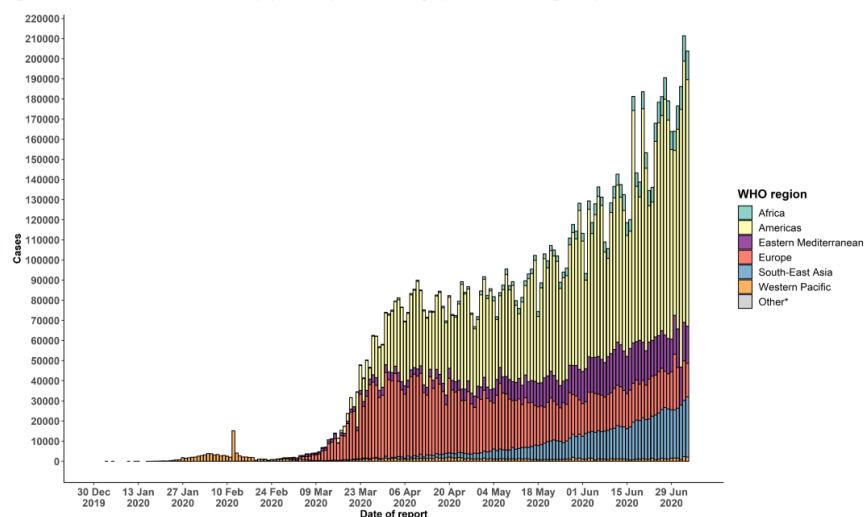
ABSTRACT

Sechs Monate nach dem ersten Auftreten von Covid-19 ist die erste Phase vorbei. Es ist Zeit, Zwischenbilanz zu ziehen. Drei Aspekte stechen dabei hervor: Covid-19 ist eine humanitäre Katastrophe; wir stehen am Beginn einer der grössten Wirtschaftskrisen der Neuzeit; und wir erleben eine Repolitisierung des Politischen und damit das mutmassliche Ende der Entpolitisierung durch Vermarktlichung.



Am 5.7.2020 hat die WHO 11'125'245 Covid-19-Infektionen und 528'204 Todesfälle gemeldet. Die Kurve der weltweiten Neuinfektionen verzeichnet seit Anfang Mai einen exponentiellen Anstieg (Abbildung 1). Gegenwärtig werden täglich rund 200'000 Neuinfektionen registriert – Dunkelziffer unbekannt. In einigen Ländern ist die Situation ausser Kontrolle geraten, insbesondere auch in bevölkerungsreichen Nationen wie Brasilien, Indien und den USA. Weitere Länder rutschen zunehmend in diesen unkontrollierbaren Bereich hinein, etwa Indonesien oder Südafrika. Aus epidemologischer Sicht hat die Covid-19-Pandemie also erst richtig Fahrt angenommen.

Figure 2. Number of confirmed COVID-19 cases, by date of report and WHO region, 30 December through 5 July**



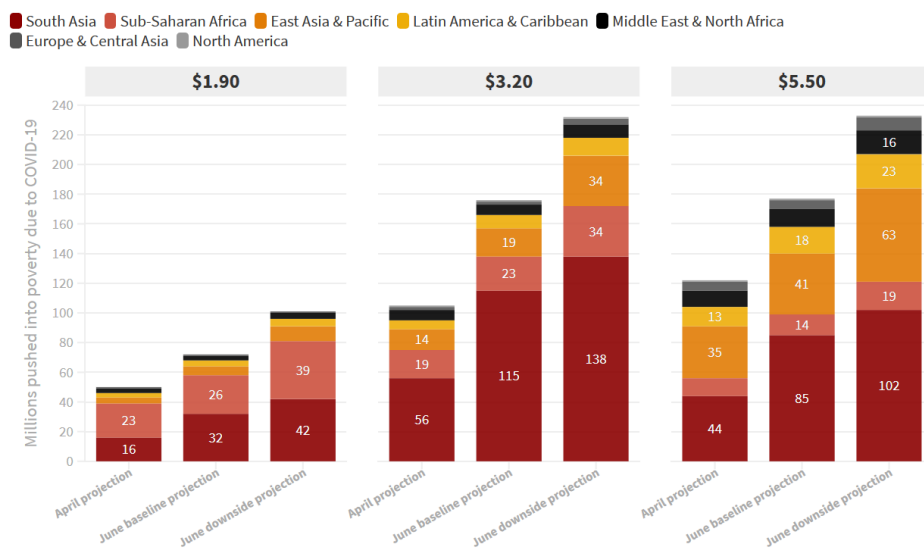
**See Annex 1 for data, table and figure notes.

Abbildung 1: Zahl der täglichen Neuinfektionen nach Weltregionen bis 5.7.2020

Immer noch ist ungewiss, wann mit einem sicheren und wirksamen Impfstoff gerechnet werden kann und wann ein solcher Impfstoff in global genügender Menge verfügbar sein wird. Auch die Langzeit-Folgen der Covid-19-Erkrankung sind noch nicht wirklich geklärt. Erst in den letzten Tagen ist in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden, dass die Krankheit in manchen Fällen auch Gehirn und Nervensystem schädigt, und dass in diesen Fällen oft monatelange Nachbehandlungen erforderlich sind - wobei offen ist, ob mit dauerhaften Folgen gerechnet werden muss.

Dennoch meine ich, dass es gerechtfertigt ist, vom Ende einer ersten Phase der Corona-Krise zu sprechen. Es ist nun sechs Monate her, seit der erste verbürgte Fall von Covid-19 verzeichnet wurde. In diesen Monaten haben sich manche Nebel gelichtet, sind einige Konturen der Krise deutlich geworden. Drei Feststellungen stehen dabei im Vordergrund.

Erstens betrifft dies das Ausmass der humanitären Folgen von Covid-19. Wir haben es mit einer humanitären Katastrophe von historischen Ausmassen zu tun. In ihrem Bericht vom 3. Juli 2020 nennt das UN-Welternährungsprogramm eine Zahl von 121 Millionen Menschen, die wegen der Folgen der Corona-Pandemie schwerwiegenden Hunger leiden müssen¹. Die Weltbank geht davon aus, dass die Zahl der Menschen, die mit weniger als 5.5 Dollar im Tag auskommen müssen, Covid-19-bedingt um bis zu 560 Millionen ansteigen wird; die Zahl der Menschen in extremer Armut (weniger als 1.9 Dollar pro Tag) nimmt um bis zu 100 Millionen zu. Diese Prognosen haben sich innerhalb eines guten Monates wesentlich ver-
düstert.



Quelle: Weltbank <https://blogs.worldbank.org/opendata/updated-estimates-impact-covid-19-global-poverty> (gelesen am 6.7.2020).

Lesebeispiel: Im April hat die Weltbank noch mit einer Zunahme der extremen Armut von rund 50 Millionen Menschen gerechnet. Die Juni-Prognose wird mit zwei Werten angegeben: einem Basis-Szenario (baseline projection) und einem worst-Case-Szenario (downside projection). Die Säulen umfassen immer nur die Zahl der neu Armutsbetroffenen im jeweiligen Segment, z.B. zwischen 1.90 und 3.20 Dollar pro Tag.

Zweitens ist deutlich geworden, dass wir uns am Anfang einer tiefen ökonomischen Krise befinden. Die Weltwirtschaft erlebt gerade die ersten Stösse eines Bebens, dessen ganzes Ausmass erst im Verlauf der nächsten 12 Monate erkennbar sein wird. Nach Einschätzung der Weltbank sind wir mit dem „grössten ökonomischen Schock seit Jahrzehnten“ konfrontiert.² In vielen Ländern des globalen Südens sind hunderte von Millionen hart betroffen. Im Herbst wird auch im globalen Norden deutlicher, wie tiefgreifend die Folgen sind. Die Weltbank rechnet in einem Standard-Szenario im laufenden Jahr mit einem Rückgang des weltweiten BIP von 5.2%, merkt aber an, dass dies möglicherweise zu optimistisch sei und mit einem Rückgang von bis zu 8% gerechnet werden müsse. Zum Vergleich: in der Finanzkrise 2008/2009 betrug der Rückgang des Welt-BIP lediglich 0,1 Prozent. Ein solcher Schrumpfungsprozess kann enorme Verwerfungen auslösen – vor allem dann, wenn ein simples Wieder-Hochfahren nach dem Lockdown „gestört“ wird

durch das Weiterschwellen der Pandemie, durch andere Krisenmomente (Schuldenberge, Handelskriege) und durch sich verstärkende negative Effekte (etwa, weil Investitionen zurückgestellt werden und der Konsum auf tieferem Niveau verharrt, was die Auftragslage für die Unternehmen verschlechtert, was wiederum zur Bremse bei den Investitionen und zu wachsender Arbeitslosigkeit führt – und so weiter).

Und drittens hat sich in den sechs Monaten seit dem ersten dokumentierten Auftreten des Sars Cov-2-Virus herauskristalliert, wie sich die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kräfte positionieren und welche (neuen und alten) Konfliktlinien sich herausbilden. Die wichtigste Erkenntnis dabei: Politik wird wichtiger und offener.

In der Denknetz-Zeitung vom Mai 2020 hatte ich geschrieben, die Corona-Krise setze die Welt auf den Prüfstand, und die erste Nachricht von diesem Prüfstand sei positiv: Die Solidarität habe über den Sozialdarwinismus Oberhand behalten. Diese Einschätzung hat sich bestätigt. Die zunächst verbreiteten Versuche, die Krise in sozialdarwinistischer Manier auszuspitzen und dabei eine grosse Zahl von Todesopfern und Schwerekranken in Kauf zu nehmen sind gescheitert - zumindest in Form einer offen befürworteten Strategie. Wo eine solche Politik faktisch dennoch praktiziert wird, ist die von Chaos, Polarisierung und Zwiespalt geprägt. Es waren die nationalistischen bis rechtsextremen Kräfte, die sich am Lautesten für eine solche Linie eingesetzt hatten (und dies vielfach immer noch tun - teilweise sekundiert durch marktradikale Exponent*innen). Und es sind genau diese Kräfte, die in vielen Ländern an Terrain eingebüsst haben oder in einen offenen Krisenmodus geraten sind. Donald Trump und Jair Bolsonaro sind wesentlich dafür verantwortlich, dass die Pandemie in ihren Ländern kaum mehr beherrschbar ist und bereits Zehntausende unnötiger Opfer gefordert hat. Ihr „Krisenmanagement“ schwankt zwischen Stümperhaftigkeit und Verächtlichkeit gegenüber den Betroffenen. Die Versuche, aus der Krise Kapital für eine ultranationalistische Politik zu schlagen haben wenig Resonanz gefunden (auch wenn diesbezügliche Gefahren noch längst nicht alle gebannt sind). Covid-19: eine Attacke Chinas auf die USA? Na ja. Corona-Impf- und Heilstoffe nur für die USA? Selbst in den republikanischen Stammländern dürfte der offene Antihumanismus einer solchen Politik nicht verborgen bleiben. Bleiben die Versuche, von der Corona-Krise abzulenken. Doch auch das hat bislang nicht funktioniert.

Zwar ist es auch einigen autoritären Regierungen gelungen, Covid-19 zu einer weiteren Einschränkung der demokratischen Freiheiten und Rechte nutzen. Und leider scheint es der chinesischen Führung zu gelingen, im Windschatten der Corona-Krise der demokratischen Bewegung in Hongkong eine empfindliche Niederlage zu bereiten. Doch über alles gesehen darf man feststellen, dass die nationalistische Rechte in der Corona-Krise bislang brutta figura gemacht und an Glaubwürdigkeit verloren hat.

Die Agenda wird also diesmal nicht von der nationalistischen Rechten beherrscht. Vielmehr hat sich in der bisherigen Bewältigung der Krise in vielen Ländern (ins-

besondere des globalen Nordens, aber nicht nur) ein bemerkenswert einheitliches Politikmuster etabliert. Dieses Muster besteht aus einer entschlossenen Eindämmung der Pandemie mit weitgehenden Lockdown-Massnahmen, aus entschlossenen finanziellen Stützungsmaßnahmen für Konzerne, aber auch für die breite Masse von KMU und von selbstständig Erwerbenden, sowie von ebenso klaren Massnahmen zur Verhinderung respektive Linderung von Armut und Arbeitslosigkeit (wie z.B. die Ausdehnung und öffentliche Finanzierung von Kurzarbeit). Die Geldmittel, die dafür gesprochen worden sind, haben bereits jetzt das Volumen übertroffen, das 2008/2009 zur Rettung der Banken und Finanzkonzerne beigebracht worden ist. Damit hat eine historische Schwerpunktverlagerung stattgefunden. Erstmals seit Jahrzehnten sind die Sozialpolitik und eine aktive Wirtschaftspolitik wieder ins Zentrum der politischen Agenda gerückt. Wie immer der weitere Verlauf der Krise sein wird: Sozial- und Wirtschaftspolitik werden sich aus dieser Agenda nicht mehr so rasch wieder entfernen lassen. Damit werden wichtige gesellschaftliche Fragen repolitisiert.

Die Erschütterungen der Corona-Krise haben überdies auch manche Gewissheit, manchen gesellschaftlichen Kitt und manche Verkleisterung brüchig werden lassen. So ist wie noch nie in der neueren Geschichte allen vor Augen geführt worden, wie unabdingbar bezahlte und nicht bezahlte Care-Arbeit ist – und wie wenig sie im kapitalistischen Courant normal zählt. Ebenso sind manche Verwerfungen – etwa strukturell verankerte rassistische Diskriminierungen – in ein grelles Licht gerückt worden, was unter dem Banner des „Black Lives Matter“ prompt auch zu einer unerwarteten und weltweiten Welle antirassistischer Bewegungen geführt hat.

Diese Repolitisierung ist meines Erachtens die herausragende Aussage, die sich am Ende der ersten Krisenphase machen lässt. Sie eröffnet eine neue Runde in den politischen Auseinandersetzungen. Das politische Schachbrett wird neu aufgestellt, die Regeln verschieben sich. Noch weiss niemand so genau, wie stark diese Verschiebungen sind und in welche Richtung sie gehen. Und vieles wird davon abhängen, wem es in der nächsten Phase der Krise gelingt, ein paar massgebende Züge zu machen.

Manche linken Kommentator*innen befürchten, dass die Möglichkeiten fortschrittlicher Politik durch die Covid-Krise eher beschädigt worden sind, weil nun alles unter ein autoritäres Diktat der Krisenbewältigung gezwungen werden kann. Ich teile diese Auffassung nicht. Die Art dieser Krisenbewältigung ist keinesfalls vorbestimmt, sondern im Gegenteil hochpolitisch. Manche Konfliktlinie hat sich in den letzten Monaten denn auch schon erheblich verschoben. Dies gilt zum Beispiel für die EU. Der Macron-Merkel-Van der Leyen -Vorschlag, 750 Milliarden für die Krisenbewältigung aufzubringen und davon zwei Drittel als nicht rückzahlbaren Zuschuss zu gewähren, muss als bahnbrechend gewertet werden, nachdem genau solche Zuschüsse während der letzten zwölf Jahre durch eine von Deutschland geführte Phalanx mit Vehemenz zurückgewiesen worden ist. Man kann und muss den Vorschlag kritisch unter die Lupe nehmen. Doch es darf keinen Zweifel daran geben, dass sich die europäische Linke auf der Seite dieses

Vorschläges und gegen die Regierungen des Nein-Lagers (Dänemark, Schweden, Österreich und die Niederlande) stellen muss. Wenn der Macron-Merkel-van der Leyen-Vorschlag sich durchsetzt, öffnet dies neue Räume für fortschrittliche Politiken auf EU-Ebene wie etwa eine europäisch koordinierte Arbeitslosenversicherung. Scheitert der Vorschlag, könnte die EU in eine offene Krise rutschen, von der sie sich nicht mehr erholen wird. Der Brexit könnte sich übrigens nun als Glücksfall erweisen, waren doch die britischen Regierungen bislang die vielleicht härtesten Gegner einer solidarischen EU-Politik.

Oft wird auch die Befürchtung geäussert, die Corona-Krise führe zu einem klimapolitischen Back-Slash. Doch auch diese Befürchtung halte ich für unzutreffend. Zwar sind Klimafragen für einige Monate aus den Schlagzeilen geraten. Doch dies könnte der Klimabewegung sogar zum Vorteil gereichen. Denn es war ohnehin absehbar, dass die Bewegung das hohe Niveau der Mobilisierungen des letzten Jahres nicht würde halten können – in der Schweiz nicht, aber auch nicht in den meisten andern Ländern. Die gegenwärtige Verschnaufpause kommt deshalb eigentlich wie gerufen. An neuen Gelegenheiten, die Bewegung wieder zu aktivieren wird es nicht mangeln. In breiten Teilen der Bevölkerung ist das Thema auch noch lange nicht „erledigt“, wie eben gerade die Kommunalwahlen in Frankreich deutlich gemacht haben.

Ein zentrales Ereignis werden wie US-Wahlen vom 3. November sein. Die Chancen auf eine Abwahl von Trump stehen gut, vielleicht sogar sehr gut. Trump und seine Entourage sind aus dem Tritt geraten, und es ist nicht absehbar, wie der vielleicht grösste Lügenbaron der neueren Geschichte wieder Boden unter die Füsse bekommen soll. Der Weg der staatsmännischen Gesten ist verbaut – dafür war die Covid-19-Krisenpolitik ganz einfach zu desaströs. Und es ist kaum absehbar, wie der Weg der Polarisierung zu einer Ausweitung der Unterstützung über den harten Kern der Anhänger*innen hinausführen könnte. Mit einer Wahl von Biden aber würden die Karten neu gemischt, würden gerade auch in den USA die Figuren auf dem politischen Schachbrett neu aufgestellt – mit vielen Optionen auch für linke Kräfte.

Die Linke hat also alle Veranlassung, sich gerade jetzt mit starken Konzepten und Vorschlägen einzubringen. Drei Fragen gehören meines Erachtens dabei ins Zentrum. Erstens brauchen wir jetzt eine massive Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Die Vorschläge, die im Plädoyer Perspektive Care Gesellschaft gemacht werden skizzieren die nötigen Grössenordnungen. Gefordert wird im Plädoyer eine Corona- und Klima-Solidaritätsabgabe auf grosse Vermögen von 3% während der nächsten zehn Jahre. Geschätzter Ertrag: 300 Milliarden Franken. Zweitens muss der Service public und muss die Aufwertung der Care-Arbeit zum Zentrum der gesellschaftlichen Dynamik werden. Die Coronakrise hat allen vor Augen geführt, dass die Resilienz und die Stabilität einer Gesellschaft entscheidend von der Stärke dieser öffentlichen Dienste und der Tragkraft der Care-Ökonomie abhängen. Das betrifft nicht nur die Gesundheitsversorgung, sondern ebenso die Infrastrukturen, die Kinderbetreuung, die Bildung – und so weiter. Deshalb brauchen wir jetzt eine kopernikanische Wende. Der Service public muss aus der neo-

liberal orchestrierten Bedrängnis befreit, seine offensive Weiterentwicklung zum entscheidenden Momentum der nächsten Periode werden – und dies gilt ganz besonders für die öffentlichen Care-Dienste.³

Schliesslich gehört natürlich die Klimakrise wieder mit an die oberste Stelle der politischen Agenda. Corona-Krise und Klima-Krise machen beide deutlich, wie zerstörerisch der nie endende Zwang zur Profitmaximierung auf unsere Gesellschaften einwirkt. Die Dominanz der Profite kann und muss jetzt offensiv in Frage gestellt werden. Dabei lassen sich die drei Vorschläge – massive Rückverteilung, radikale Wende zugunsten des Service public, wirksame Klima- und Umweltpolitik – bestens ineinander verzahnen.

Dabei muss ein Weiteres wieder viel stärker in den Vordergrund rücken: Die internationale Solidarität. Die Corona-Krise ist eine Weltgesundheitskrise und eine globale humanitäre Krise, die Klimakrise ist selbstredend nur global erfolgreich zu meistern. Das muss jetzt endlich Niederschlag finden in der realen Politik. Deshalb muss die Schweiz ihre Steuersenkungspolitik beenden, mit der sie kräftig am Rad des globalen Steuerdumpings mitdreht und damit den Staaten rund um den Erdball bedeutende Ressourcen entzieht. Deshalb soll die Schweiz aktiv dazu beitragen, das verheerende Oligopol der grossen Pharmakonzerne zu durchbrechen, die heute alleine darüber bestimmen, welche Medikamente entwickelt werden. Und deshalb soll die Schweiz ein starkes Zeichen setzen und ihren Jahresbeitrag für die Weltgesundheitsorganisation auf 500 Mio Franken erhöhen. Das schafft Glaubwürdigkeit, um an alle andern wirtschaftlich starken Länder zu appellieren, es ihr gleich zu tun. So können wir aus der WHO eine wirklich handlungsmächtige Organisation der Weltgesundheitspolitik machen.

In diesem Sinn sei der Schluss des Plädoyers ‚Perspektive Care-Gesellschaft‘ zitiert, das seit der Lancierung Ende Mai von rund 2200 Personen unterzeichnet worden ist. „Die Weltgemeinschaft war noch nie so reich an Ressourcen, Technologien, Kenntnissen und Erfahrungen – und gleichzeitig so ungerecht, feindselig und sorglos im Umgang mit den natürlichen Grundlagen. Die Corona-Krise und die Klima-Krise machen nun deutlich, wie verletzlich eine Welt geworden ist, die auf der Ausbeutung von Mensch und Natur beruht. Wenn wir nicht mehr und mehr in den Strudel dieser Krisen hinabgezogen werden wollen, müssen wir jetzt die Richtung wechseln. Dafür brauchen wir eine Erneuerung des Gesellschaftsvertrags zugunsten von Care, Nachhaltigkeit und Solidarität – zugunsten einer lokalen und globalen Care-Gesellschaft.“

Zur Person: Beat Ringger ist geschäftsleitender Sekretär des Denknetzes.



- 1 World Food Programme External Situation Report vom 3.7.2020, <https://www.wfp.org/publications/covid-19-situation-reports> (gelesen am 6.7.2020)
- 2 <https://www.worldbank.org/en/news/feature/2020/06/08/the-global-economic-outlook-during-the-covid-19-pandemic-a-changed-world> (gelesen am 6.7.2020)
- 3 Cédric Wermuth und ich haben in den letzten Wochen ein Buch geschrieben mit dem Titel „Corona, Klima, Kapitalismus: Die Service public Revolution. Eine Antwort auf die Krisen unserer Zeit“. Das Buch erscheint am 19.8. im Rotpunkt-Verlag.